

Herrn
Horst Seehofer, Bundesminister BMI
- persönlich -
Alt-Moabit 140
10557 Berlin

Mannheim, den 10.01.2021

Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“

Sehr geehrter Herr Bundesminister,

in der Pressemitteilung Ihres Ministeriums vom 09.10.2019 zum Stand der Jubiläumsfeierlichkeiten „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ wird das Anliegen der Bundesregierung formuliert:

„Das Jubiläumsjahr soll das gemeinsame und gegenseitige Verständnis für die Leistungen fördern, die zur Wiedervereinigung geführt haben und für das Zusammenwachsen von Ost und West erbracht wurden.“

Dieser Tage ist der Abschlussbericht der von der Bundesregierung eingesetzten Kommission veröffentlicht worden.

Die Rolle der Flucht- und Ausreisebewegung bei der historischen Würdigung der Friedlichen Revolution und ihrer Akteure ist, wie abzusehen, völlig ausgeblendet geblieben. Der Fokus lag, wie die Zusammensetzung der Kommission bereits befürchten ließ, exklusiv auf Ostdeutschland.

Die Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ hätte eigentlich die Aufgabe gehabt, den Prozess, der zur Friedlichen Revolution des Herbstes 1989 führte, in den Gesamtzusammenhang mit der Flucht- und Ausreisebewegung der 70-, 80-er Jahre zu stellen.

Schließlich hatten DDR-Bürger in der Zeit der deutschen Teilung, wenn überhaupt, ihren Protest gegen die SED-Diktatur nicht anders zum Ausdruck bringen können, als durch „Abstimmung mit den Füßen“. Sie sind Deutsche, konkret sehr aufrechte Ostdeutsche in jener Zeit. Ihre Rolle als Vorhut der DDR-Bürgerbewegung, als Wegbereiter der Friedlichen Revolution, wird verschwiegen. Ihre Angebote zur Mitwirkung an der Agenda zur Begehung des Doppeljubiläums blieben unbeantwortet.

Die systemische Demütigung der ehemaligen DDR-Flüchtlinge, die durch den konkreten Bezug auf den Beitritt der DDR in einen bösen Kausalzusammenhang gestellt wird, wird durch den Abschlussbericht verfestigt.

Sie, sehr geehrter Herr Seehofer, hatten im Jahre 2010 („20 Jahre Deutsche Einheit“) in Ihrer Eigenschaft als CSU-Vorsitzender einen sehr aussagekräftigen Aufsatz mit dem Titel „Die CSU und die Deutsche Einheit“ veröffentlicht (Politische Studien 1/2010, Hanns-Seidel-Stiftung). Sie würdigen ausdrücklich die Haltung der CSU, die mit ihrer Verfassungsbeschwerde zum Urteil vom 31.07.1973 (Grundlagenvertrag) erreicht hatte, dass das Verfassungsziel „Einheit Deutschlands“ nicht aufgegeben wird.

Danke, CSU.

Sie schlagen in Ihrem sehr engagierten Aufsatz den Bogen zum Thema „Republikflucht“: „Schon das Wort „Republikflucht“ ist ein einziger Zynismus.“ Sie würdigen das Handeln der „Deutschen in der DDR, allen voran jener, die die DDR verlassen wollten, aber nicht durften.“ „Die Deutschen in der DDR, die sich zur Flucht entschlossen hatten, weil sie in ihr nicht leben wollten oder konnten, haben ... in Abwägung existentieller Fragen nichts weiter gewagt, als über ihr Leben selbst zu bestimmen.“ (Zitate aus Ihrem Aufsatz)

Danke, Herr CSU-Vorsitzender, für die einfühlsame Beschreibung der Motivation zur „Republikflucht“.

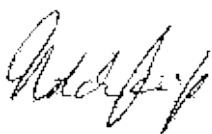
Und jetzt?

Die Deutsche Einheit wird über die Köpfe der DDR-Flüchtlinge hinweg gefeiert. Seit dem Beitritt der DDR sind sie an den „Katzentisch“ verbannt. In moralischer, politischer, sozialer Beziehung.

Die schlimmste Demütigung für einen Menschen ist die, dass man ihn ignoriert. Das gilt folgerichtig erst recht für eine Gruppe von Menschen.

Genau das ist es, was die DDR-Altübersiedler seit der Gründung der „Interessengemeinschaft ehemaliger DDR-Flüchtlinge e.V.“ erleben. Bitte knüpfen Sie an Ihre in o.g. Aufsatz erkennbare Haltung und an die Ihrer Partei an und sorgen Sie dafür, dass der seit vielen Jahren schwelende Konflikt in angemessener Weise gelöst wird.

Mit freundlichem Gruß,



Dr.-Ing. Jürgen Holdefleiß
(Vorsitzender IEDF)



Felix Heinz Holtschke
(VOS Landesvorsitzender NRW)

Anlage:

Dokumentation zum Abschlussbericht der Kommission „30 Jahre Friedliche Revolution und Deutsche Einheit“ (Denkschrift)